

# NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt  
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE  
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 21 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Freitag, 26. Januar 1968

Einzelpreis 30 Pf

## Die Krise um Nordkorea verschärft sich

### Erste Reservisten-Einberufungen seit Kuba-Konflikt — Noch diplomatische Bemühungen um „Pueblo“-Rückgabe — Konservative Politiker fordern „ultimative Erledigung“ — Schwere Vorwürfe aus Moskau

Wie später bekannt wurde, werden insgesamt 14 600 Mann sofort zu den Waffen gerufen. Es handelt sich um 14 000 Reservisten der Luftwaffe und Militärfolger der Nationalgarde sowie 600 Marineflieger-Reservisten.

Johnsons Pressesekretär George Christian teilte mit, falls auch Reservisten der Armee und der Marine-Infanterie einberufen würden, werde eine entsprechende Ankündigung rasch erfolgen. Christian wollte sich nicht darauf festlegen, ob eine Mobilisierung von Reservisten der Bodentruppen tatsächlich erwogen werde. Nach dem Verteidigungsbewilligungsgesetz von 1967 kann Johnson bis zum 30. Juni 1968 jede Einheit der bereitstehenden Reserve für die Dauer bis zu 24 Monaten zu den Waffen zurückrufen.

Der Umfang der Mobilisierung liegt allerdings wesentlich unter der Reservisteneinberufung während der Berlin-Krise 1961, als 148 000 junge Männer eingezogen wurden.

#### 372 Flugzeuge startklar

Die neuen Einheiten, die über 372 Kampf- und Transportflugzeuge aus Luftwaffen- und Marinebeständen verfügen werden, sind allerdings nicht sofort einsatzfähig.

Inzwischen gehen die diplomatischen Bemühungen der USA um die Freilassung der 83 Mann starken „Pueblo“-Besatzung und des Schiffes weiter. Das Weiße Haus deutete an, daß die Einberufungsbefehle von Präsident Johnson als zunächst notwendige Maßnahme betrachtet werde, ohne daß damit bereits eine militärische Intervention beschlossen worden sei.

#### Demonstrationen der Stärke

Nach Ansicht unterrichteter Kreise hat der Präsident die militärische Demonstration in gleichem Maße verstärkt, wie die diplomatischen Anstrengungen erfolglos blieben. Damit kommt Johnson nach Ansicht politischer Beobachter den Forderungen

WASHINGTON (dpa). Zum erstmalig seit der Kuba-Krise von 1962 haben die USA die Einberufung der Reservisten angeordnet. Insgesamt 14 000 Mann müssen ihr Zivil gegen eine Uniform vertauschen. Damit hat die amerikanische Regierung ihre bisher schwerwiegendste Maßnahme seit der Aufbringung des US-Schiffes „Pueblo“ durch Nordkorea angeordnet.



ÜBER DIE NÄCHSTEN AKTIONEN im Konflikt der Vereinigten Staaten mit Nordkorea beriet gestern der Nationale Sicherheitsrat. Die folgenreichste Entscheidung, die durch das Kapern des Nachrichtenschiffes „Pueblo“ durch nordkoreanische Marineeinheiten herbeigeführt wurde, ist die Einberufung von über 14 000 Reservisten.

der konservativen Kreise entgegen, den „Pueblo“-Zwischenfall ultimativ zu „erledigen“, wie es der kalifornische Gouverneur Ronald Reagan vorschlug.

Die kritische Situation in Fernost und die Einberufung von Reservisten ließen an der New Yorker Börse die Aktiennotierungen sofort um durchschnittlich 4 1/2 Punkte sinken. Die Notierungen an den Warenmärkten zogen entsprechend an.

#### Verlegung von Luftwaffeneinheiten

Zuvor war in Washington verlautet, daß die US-Luftwaffe — nach unbestätigten Berichten — zwei Staffeln Düsenjäger mit 36 Maschinen von Okinawa nach Südkorea verlegt habe.

Vor der nordkoreanischen Küste lag gestern der atomgetriebene US-Flugzeugträger „Enterprise“ in Begleitung von Zerstörern und Fregatten in Einsatzbereitschaft.

Wie aus Washington verlautet, erwägt die Regierung Johnson ernsthaft wegen des „Pueblo“-Zwischenfalls eine dringende Sondersitzung des Welticherheitsrats zu beantragen.

In Washington wurde ferner betont, das Schwerkriegsgerät der amerikanischen Bemühungen um die Freigabe der „Pueblo“ liege nach wie vor auf diplomatischem Gebiet. Dabei wurde allerdings nicht klar, welche weiteren Schritte die amerikanische Regierung im einzelnen unternommen hat.

#### Moskau lehnt Vermittlung ab

Die Sowjetunion hatte es abgelehnt, zwischen den USA und Nordkorea zu vermitteln. Die Vereinigten Staaten haben Nordkorea niemals anerkannt und unterhalten keinerlei diplomatische Beziehungen zu dem Land.

Die Sowjetunion hat gestern die Entscheidung des Nachrichtenschiffes vor der nordkoreanischen Küste als eine „gefährliche und unverhältnismäßige Provokation“ der USA bezeichnet.

#### „Verdrehung der Tatsachen“

Amerikanische Regierungs- und Militärdienststellen erklärten mit Nachdruck, daß sich die „Pueblo“ entgegen den nordkoreanischen Behauptungen ständig außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone vor der nord-

koreanischen Küste aufgehalten habe. Vom Pentagon wurde gestern die nordkoreanische Darstellung, „Pueblo“-Kapitän Bucher habe gestanden, tief in nordkoreanisches Gewässer eingedrungen zu sein, als eine „Verdrehung der Tatsachen“ bezeichnet. Sowohl Funkmeldungen der „Pueblo“ wie auch nordkoreanische Radarbeobachtungen, die von amerikanischen Monitoren verfolgt worden seien, hätten schlüssig gezeigt, daß sich das Aufklärungsschiff in internationalen Gewässern aufgehalten habe.

#### Das „Geständnis“

In dem von der nordkoreanischen Nachrichtenagentur verbreiteten und nach Feststellung des Pentagon offensichtlich nicht von Bucher verfaßten „Geständnis“ heißt es unter anderem „Ich und meine Mannschaft haben schwere vorübergehende Handlungen begangen. Aber unsere Eltern, Frauen und Kinder zu Hause erwarten voller Sorge unsere sichere Rückkehr. Wir hoffen daher nur — und dies ist mein und meiner Mannschaft größter Wunsch —, daß uns die Regierung der demokratischen Volksrepublik Korea vergeben wird.“ Politische Beobachter schließen aus der Formulierung, daß Nordkorea eine Freilassung der „Pueblo“-Mannschaft aus „humanitären Gründen“ erwägt.

#### Vorsichtige Reaktionen im Ausland

In den westlichen Hauptstädten wurde die Entscheidung Johnsons zunächst gar nicht oder nur mit äußerster Zurückhaltung kommentiert. Im allgemeinen herrschte die Ansicht vor, der amerikanische Schritt sei eher als politische Drohung denn als militärische Aktion zu deuten. In Moskau herrschte in offiziellen Kreisen striktes Stillschweigen.

## Frankreich will kein Geld für Soldaten

BADEN-BADEN (upi/dpa). Frankreich wird seine in der Bundesrepublik stationierten 60 000 Soldaten solange „kostenlos“ auf deutschem Boden lassen, wie die Bundesregierung dies wünscht, erklärte der französische Verteidigungsminister Pierre Messmer in Baden-Baden.

Der Minister bestätigte, daß 5000 französische Soldaten aus der Bundesrepublik abgezogen würden. Zum Ausgleich dafür werde aber die Feuerkraft der zwei französischen Divisionen in der Bundesrepublik verstärkt, erklärte Messmer.

Den geplanten Atomwaffen-Sperrvertrag nannte Messmer eine Gefahr für die Spaltung der Welt in zwei Machtblöcke.

## H-Bomben am Meeresboden

### Ein Atomsprengkopf ist wahrscheinlich geborsten

WASHINGTON (ap/upi). Bei dem Absturz des amerikanischen Düsenbombers, der vier — nicht scharfe — Atomwaffen an Bord hatte, ist nach amerikanischen Angaben „mindestens eine“ Atombombe geborsten.

Außerdem wurde die Vermutung bestätigt, der brennende Koloß habe nach seinem Absturz das bis zu zweieinhalb Meter dicke Eis Nordgrönlands zerschmolzen und sei auf den Meeresgrund in etwa 250 Meter Tiefe abgesackt. Damit würde eine etwaige Bergung gewaltige Kosten verursachen. Sie ist augenblicklich wegen der 20stündigen Polarnacht und Temperaturen um minus 44 Grad jedoch unmöglich.

## Neues Kabinett in Kairo

### Sabri Parteichef — Israel mit Kanalräumung einverstanden

KAIRO/JERUSALEM (dpa/upi). Der ägyptische Staatspräsident Nasser hat einen Teil seines Kabinetts umgebildet und enge Mitarbeiter mit neuen Aufgaben betraut.

So wurden unter anderem Generalleutnant Fausi, Oberkommandierender der Streitkräfte, zum Kriegsminister ernannt. Der bisherige Kriegsminister, Howaida, wurde zum Staatsminister für besondere Aufgaben ernannt. Vizepräsident Sabri wurde Generalsekretär der Partei der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), ein Posten, den bisher Nasser innehatte.

In Jerusalem hat gestern Israel zugestimmt, daß 15 seit dem Juni-Krieg im Suezkanal festliegende Schiffe auslaufen können. In einer amtlichen Erklärung kündigte die israelische Regierung an, daß die Arbeiten am Samstag aufgenommen würden. Wenige Tage vor Beginn dieser Räumungsarbeiten sind drei neue sowjetische, nicht näher bezeichnete Marineeinheiten in den Suez-Kanalhafen Port Said eingelaufen. Zwei andere sowjetische Kriegsschiffe lag bereits dort vor Anker. In Port Said liegt auch fast ständig das Flaggschiff der sowjetischen Mittelmeerflotte, der schwere Kreuzer „Oktoberrevolution“. Andere sowjetische Marineeinheiten liegen im ägyptischen Hafen Alexandria.

An der Allenby-Brücke über den Jordan kam es gestern nachmittag zu einem neuen Feuergefecht zwischen jordanischen und israelischen Truppen, in dessen Verlauf zwei israeli-

sche Soldaten getötet und zwei Verletzte des Internationalen Roten Kreuzes verwundet wurden.



SEINEN ALTEN POSTEN als Generalsekretär der Arabisch Sozialistischen Union (ASU) erhielt Ali Sabri (unser Bild) nach der Kabinettsumbildung des ägyptischen Präsidenten Nasser wieder. Sabri war nach dem Krieg zwischen Israel und Ägypten als Sonderminister an den Suez-Kanal geschickt worden

## Impulse für Europapolitik

SAARBRÜCKEN (dpa). Mit einem Bekenntnis zur weiteren wirtschaftlichen Integration Europas ist gestern in Saarbrücken das zweitägige „Euroforum 68“ eröffnet worden, das vom CDU-Wirtschaftsrat veranstaltet wird.

An dem von Prof. Walter Hallstein geleiteten Kongreß nehmen rund 600 Politiker und Wirtschaftler aus dem In- und Ausland teil, darunter der Präsident des Aktionskomitees der Vereinigten Staaten von Europa, Jean Monnet, und der luxemburgische Ministerpräsident Dr. Pierre Werner. In drei Podiumsdiskussionen werden vor allem die wirtschaftlichen Aspekte des europäischen Zusammenschlusses erörtert. Davon werden neue Impulse für die Europapolitik erwartet.

Der CDU-Generalsekretär Bundesminister Dr. Bruno Heck erklärte bei der Eröffnung des Kongresses, ein Europa im Wartestand gebe es nicht mehr. „Wir sind fest davon überzeugt, daß die Eigendynamik der wirtschaftlichen Einigung stark genug sein wird, die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden.“

In einem Referat über währungspolitische Probleme setzte sich Ministerpräsident Werner für eine enger währungspolitische Koordinierung ein um den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken. Die Gemeinschaft sollte dafür einen Aktionsplan aufstellen.



ZU BEGINN DER TAGUNG in der Saarbrücker Stadthalle, dem vom CDU-Wirtschaftsrat veranstalteten „Euroforum 68“, stellten sich (von links) Bundesminister Heck, der ehemalige EWG-Präsident Hallstein, der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Scheutelen, und der Präsident des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, der Franzose Monnet, den Fotografen